

Das Zusammenleben politisch offensiv begleiten und fördern

Von Laura Zuccoli, Asti-Präsidentin

Luxemburg zeichnet sich durch seine außergewöhnlich hohe Anzahl an Bürgern aller Kontinente aus. Diese Tatsache sollen wir als große Chance für die Zukunft unseres Landes, aber auch als Herausforderung betrachten. So wünsche ich mir, dass die neue Regierung mehr politisch strukturierte Entscheidungen trifft, um das Zusammenleben aller Bürger sowie der Grenzgänger in Luxemburg zu fördern.

MEIN WUNSCH AN DIE NEUE REGIERUNG

Unsere gute wirtschaftliche Lage sollte nicht über die Notwendigkeit einer klaren und proaktiven Politik zur Steuerung des Zusammenlebens hinwegtäuschen. Die Herangehensweise an diese Fragen war in der Vergangenheit von der Ansicht geprägt, dass das harmonische Zusammenleben sich von selbst ergibt und man dieses Thema deshalb gelassen und weitestgehend ohne begleitende Maßnahmen abhaken kann. Hauptsache die Mehrheit der Wähler ist mit ihren Lebensbedingungen zufrieden.

Deshalb wird das Thema des Zusammenlebens in unserer Gesellschaft im Wahlkampf, wenn überhaupt, dann nur oberflächlich behandelt, wohingegen Umwelt, Wohnen, Identität und Mobilität zentrale Themen sind.

Ein gutes Zusammenleben gründet auf gegenseitigem Vertrauen. Der Ausgang des Referendums 2015 hat dieses Vertrauensfundament in seinen Grundfesten erschüttert und geschwächt. Als Reaktion auf dieses Fiasko, das die Hälfte der Einwohnerschaft Luxemburgs ihres demokratischen Mitspracherechts beraubt, steckt die Politik den Kopf in den Sand und bleibt stumm! Das bewusste Ausgrenzen der immer größer werdenden Gruppe der ausländischen Nichtwähler wird aus Angst vor der Wut der jetzigen Wähler unter den Tisch gefegt. Neue Formen der demokratischen Bürgerbeteiligung - nicht nur der Wähler - müssen deshalb offensiv gefördert werden, mit der Unterstützung des Staates und der Gemeinden.

Luxemburg braucht ein Konzept des Zusammenlebens, das nicht paternalistisch, sondern partizipativ organisiert ist. Luxemburger wie auch Nicht-Luxemburger müssen sich gleichermaßen daran beteiligen können. Dies umso mehr, da in unserem Land - im



Luxemburg braucht ein Konzept des Zusammenlebens, das nicht paternalistisch, sondern partizipativ organisiert ist. (FOTO: GERRY HUBERTY)



„Meines Erachtens nach muss das Integrationsgesetz mit dem Contrat d'Accueil et d'Intégration fundamental überarbeitet werden.“

Gegensatz zu anderen Ländern - die Luxemburger nicht die überwiegend große Gemeinschaft und damit auch nicht den gemeinsamen Nenner aller Werte, kultureller Umgangsarten oder Sprachen darstellen.

Meines Erachtens nach muss das Integrationsgesetz mit dem Contrat d'Accueil et d'Intégration fundamental überarbeitet werden. Die Rolle der Gemeinden als Brücke zwischen den Kulturen und als Katalysator des gegenseitigen Verständnisses und des Miteinanderlebens aller Bürger muss gesetzlich anerkannt und zementiert werden.

Sie sollen vermehrt das Zusammenleben ihrer Bürger bewusst in ihrer Gemeindepolitik fördern, dafür Mittel erhalten und auch vom Austausch guter Erfahrungen profitieren. Eine Willkommenskultur muss auf lokaler wie auf nationaler Ebene entstehen.

Nur indem die Politik die Herausforderungen des Zusammenlebens aller Bürger - Einwohner wie auch Grenzgänger - bewusst und offensiv angeht, können die Gefahren des Heranwachens populistischer und rassistischer Tendenzen in unserer Gesellschaft bekämpft werden!